

Liebig, Stefan; Schupp, Jürgen

Article

Empfinden die Erwerbstätigen in Deutschland ihre Einkommen als gerecht?

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Liebig, Stefan; Schupp, Jürgen (2005) : Empfinden die Erwerbstätigen in Deutschland ihre Einkommen als gerecht?, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 72, Iss. 48, pp. 721-725

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151413>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Empfinden die Erwerbstätigen in Deutschland ihre Einkommen als gerecht?

Stefan Liebig
liebig@uni-trier.de

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

In der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformdebatte in Deutschland nimmt die Forderung nach einer Erhöhung der Ungleichheit der Einkommensverteilung zur Durchsetzung des Prinzips der Leistungsgerechtigkeit eine ebenso zentrale wie kontroverse Rolle ein. Die Vorschläge zielen etwa auf die Einführung eines Niedriglohnsektors, eine Senkung des Grundsicherungsniveaus sowie auf eine Verminderung der Steuerbelastung für Bezieher hoher Einkommen. Damit verbunden ist die Erwartung einer Besserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland.

Im Rahmen seiner Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) hat das DIW Berlin zum Jahresanfang 2005 allen Erwerbstätigen Fragen zur Bewertung der eigenen Erwerbseinkommen gestellt. Erste Ergebnisse liegen jetzt vor. Danach betrachten Personen mit höherem Einkommen ihr Nettoeinkommen ganz überwiegend als angemessen. Das Empfinden von Ungerechtigkeit bei der Entlohnung ist hingegen eher bei den unteren Einkommensgruppen anzutreffen.

Auch die Frage des jeweiligen Arbeitszeitarrangements spielt eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der Entlohnungsgerechtigkeit. Dort, wo der Betrieb vorschreibt, wann seine Beschäftigten zu arbeiten haben – und dies auch noch zu wechselnden Tageszeiten –, wird das Einkommen eher als ungerecht beurteilt; wenn die Beschäftigten selbst festlegen, wann sie arbeiten, ist dies weniger der Fall. Zeitautonomie scheint ein Substitut für höheres Einkommen zu sein.

In den aktuellen Reformdebatten in Deutschland wird immer wieder die Forderung erhoben, dass Leistungsträger weniger stark mit Steuern belastet werden sollten, damit sie noch mehr leisten und so mittelbar helfen, die Arbeitslosigkeit geringqualifizierter abzubauen. Reformen sollen dafür sorgen, dass sich „Leistung wieder lohnt“.

In repräsentativen Erhebungen sprechen sich seit Jahren nahezu 90 % der Befragten dafür aus, dass die individuelle Leistung das mit Abstand wichtigste Kriterium für die Festsetzung des Einkommens sein sollte.¹ Doch genau die Umsetzung des Leistungsprinzips² – so die Protagonisten von mehr Einkom-

72. Jahrgang/30. November 2005

1. Bericht

Empfinden die Erwerbstätigen in Deutschland ihre Einkommen als gerecht?

Seite **721**

¹ Vgl. Bodo Lippl und Bernd Wegener: Soziale Gerechtigkeit in West- und Ostdeutschland. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Heft 2, 2004, S. 261–280.

² Wohlfahrtsstaaten europäischer Tradition sind jedoch zugleich dem Prinzip der Startchancengerechtigkeit sowie dem Abbau sozialer Ungleichheit verpflichtet. Irene Becker und Richard Hauser sprechen deshalb auch von einem grundlegenden Zielkonflikt zwischen dem Leistungsprinzip, dem Prinzip der Chancengleichheit und dem Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit. Vgl. Irene Becker und Richard Hauser: Soziale Gerechtigkeit – eine Standortbestimmung. Zieldimensionen und empirische Befunde. Berlin 2004.

Kasten

Datenbasis und Gerechtigkeitsindex

Im Rahmen des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung, München, erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden von Januar bis April 2005¹ knapp 8 400 Personen im Alter von mindestens 17 Jahren befragt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Urteile von mehr als 3 000 Erwerbstätigen über die Angemessenheit ihres eigenen Erwerbseinkommens.

Grundlage der Analysen bildet ein Gerechtigkeitsindex² des eigenen Einkommens. Er errechnet sich aus den Angaben der Befragten zu ihrem tatsächlichen Nettoerwerbseinkommen und dem Einkommen, das die Befragten für sich selbst als gerecht ansehen. Was die Bewertung der eigenen Lohnhöhe anbelangt, wurde der Nettoverdienst im letzten Monat erhoben und zusätzlich die Frage gestellt: „Ist das Einkommen, das Sie in Ihrer jetzigen Stelle verdienen, aus Ihrer Sicht gerecht?“ Die Befragten konnten mit „Ja“ oder „Nein“ antworten, und diejenigen, die die Frage verneinten, wurden in der Nachfrage „Wie hoch müsste ein gerechter Nettoverdienst für Sie sein?“ aufgefordert, konkrete Euro-Beträge zu nennen.³

Aus den Angaben zum tatsächlichen und dem als gerecht angesehenen Entlohnungsbetrag errechnet sich ein sog. „Gerechtigkeitsindex“ (J). Er ergibt sich aus dem (logarithmierten) Verhältnis von tatsächlichem Einkommen (A) zu dem als gerecht angesehenen Einkommensbetrag (C). Die entsprechende Formel lautet:

$$J = \ln \left(\frac{A}{C} \right)$$

Je stärker der Gerechtigkeitsindex (J) von 0 abweicht, umso größer ist das Ausmaß an subjektiv empfundener Entlohnungsungerechtigkeit. Ein von 0 abweichender Gerechtigkeitsindex kann dabei positive oder negative Werte einnehmen. Sind die Werte positiv, so ist der tatsächliche Entlohnungsbetrag (A) größer als der als gerecht eingeschätzte Entlohnungsbetrag (C) – man erhält also aktuell mehr, als einem gerechterweise zustehen würde, das heißt, man empfindet das eigene Einkommen als überhöht. Negative Werte beschreiben hingegen eine Situation der Unterbezahlung. Die Absolutbeträge des Gerechtigkeitsindex geben jeweils die Intensität der wahrgenommenen Einkommensungerechtigkeit wieder. Der verwendete Gerechtigkeitsindex erlaubt es also, die Richtung und das Ausmaß wahrgenommener Entlohnungsungerechtigkeiten abzubilden.

¹ Damit ist die gesamte SOEP-Erhebung zwar noch nicht abgeschlossen, doch ist auf Basis dieser Vorablieferung der SOEP-Daten eine vorläufige Hochrechnung der Ergebnisse möglich, die allgemeine Aussagen erlauben. Die Strukturen der Antworten in diesem Themenfeld sind zudem derart deutlich, dass das endgültige Befragungsergebnis keine inhaltlich gravierenden Verschiebungen erwarten lässt.

² Vgl. Guillermina Jasso: On the Justice of Earnings. A New Specification of the Justice Evaluation Function. In: American Journal of Sociology,

Vol. 83, 1978, S. 1398–1419; sowie zur Anwendung des Index in Deutschland Stefan Liebig und Jürgen Schupp: Entlohnungsungerechtigkeit in Deutschland? In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 47/2004.

³ Die Frageformulierung in der SOEP-Haupterhebung 2005 unterscheidet sich damit leicht von der Operationalisierung des vorangegangenen Pretests, der im Jahre 2004 erhoben wurde und zu dem ebenfalls Analysen zur Einkommensgerechtigkeit in Deutschland vorgelegt wurden. Vgl. Stefan Liebig und Jürgen Schupp, a. a. O., S. 726.

mensungleichheit – komme wegen einer unzureichenden Lohnspreizung³ nicht zum Tragen, was durch progressive Besteuerung und hohe Sozialabgaben noch verstärkt werde.⁴

Am unteren Ende der Einkommenshierarchie verschafft das Konzept der steuerfinanzierten Sicherung einer Mindestversorgung jedem Bürger einen einklagbaren Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen im Falle von Armut. Die Gewährung sozialer Transfers hat vielfach zur Folge, dass der Abstand zwischen Erwerbseinkommen und Transfer-einkommen gering ist. Außerdem schon ein vergleichsweise hohes Niveau eines „steuerlichen Existenzminimums“ einkommensschwächere Mitglieder der Gesellschaft bei der Finanzierung öffentlicher Güter.

Mit einer normativ begründeten Forderung nach einer Erhöhung der Einkommensungleichheiten verbindet sich eine Reihe von empirischen Tatsachenbehauptungen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Annahme, dass sich die Bezieher hoher Einkommen ungerecht behandelt fühlen.

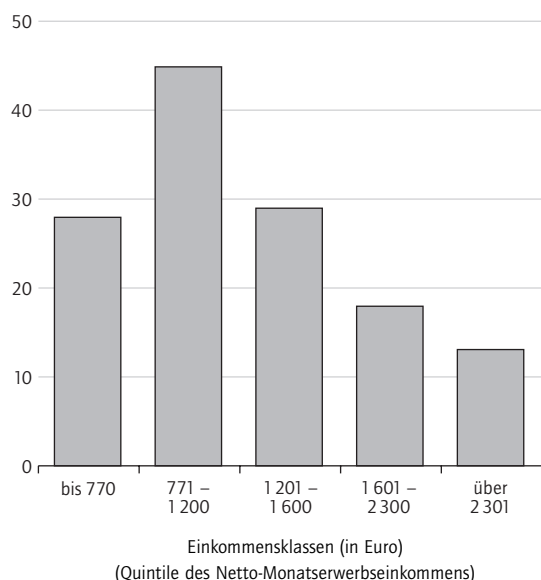
³ Vgl. hierzu z. B. Werner Eichhorst et al.: Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Heidelberg 2001, S. 144 ff.

⁴ Dass der progressive Verlauf des Einkommensteuersatzes auch tatsächlich progressiv wirkt und Höherverdienende einen überproportionalen Beitrag zum Aufkommen der Einkommensteuer leisten, zeigt auch die Analyse von Stefan Bach: Grundlegende Reform der Einkommensbesteuerung: Inwieweit kann die Bemessungsgrundlage verbreitert und das Steuerrecht vereinfacht werden? In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 36/2005.

Abbildung 1

Beurteilung der eigenen Entlohnung (Monatseinkommen) im Jahre 2005 nach Einkommensklassen

Anteil derjenigen, die ihre Entlohnung als ungerecht empfinden, in %



Fallzahl: 3 392 Erwerbstätige.

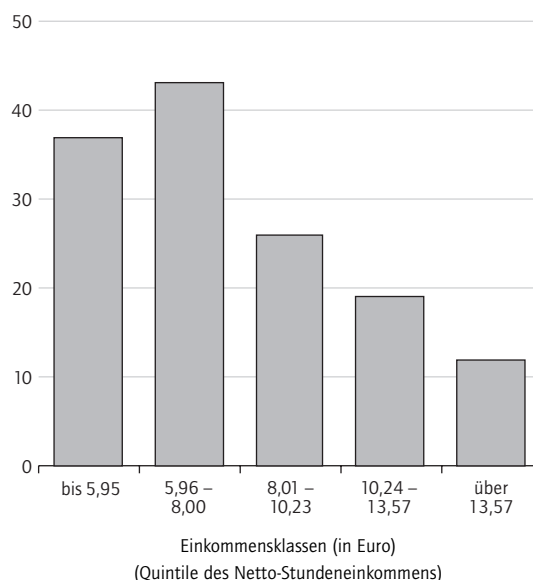
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 2

Beurteilung der eigenen Entlohnung (Stundeneinkommen) im Jahre 2005 nach Einkommensklassen

Anteil derjenigen, die ihre Entlohnung als ungerecht empfinden, in %



Fallzahl: 3 392 Erwerbstätige.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Ungerechtigkeitsempfinden bei den unteren Einkommensgruppen stärker ausgeprägt

Die Analyse zeigt, dass sich etwa zwei Drittel der Erwerbstätigen – netto – als angemessen entlohnt betrachten. Das Gefühl der ungerechten Behandlung ist bei den unteren Einkommensgruppen deutlich stärker ausgeprägt als bei den oberen. So ist in der Einkommensklasse (Quintile) von 771 bis 1 200 Euro der Anteil derjenigen, die sich unzureichend entlohnt fühlen, mit 46 % wesentlich höher als in den darüber liegenden Klassen. Je höher das Einkommen ist, umso geringer ist dieser Anteil (Abbildung 1). Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Monatseinkommen, aber auch – nicht ganz so ausgeprägt – hinsichtlich der Stundenlöhne (Abbildung 2). Wohlgemerkt bestand die Aufgabe der Befragten nicht in der Bewertung ihres Markteinkommens – des Bruttoeinkommens –, sondern es ging darum, was netto im Monat verfügbar ist.

Die vermutete Verletzung des Prinzips der Leistungsgerechtigkeit – auch durch eine progressive Besteuerung höherer Einkommen – scheint in den oberen Einkommenssegmenten kaum wahrgenommen zu werden.⁵ Abgesehen vielleicht von der Gruppe, die einer Abgabenbelastung von 21 bis

28 % des Bruttoeinkommens unterliegt,⁶ gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Abgabenquote und der wahrgenommenen Einkommensungerechtigkeit (Abbildung 3).

Doch die Frage ist nicht nur, *ob* man sein eigenes Einkommen als gerecht oder ungerecht einschätzt. Wichtig ist auch, *wie groß* die wahrgenommenen Ungerechtigkeiten sind. Berücksichtigt man dies, so zeigt sich ein anderes Bild. Die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen und dem als angemessen betrachteten Einkommen ist in der Gruppe mit den niedrigsten Einkommen bei weitem am höchsten. Das Ausmaß an erfahrener Ungerechtigkeit nimmt deutlich in dem Maße ab, wie das eigene Einkommen zunimmt (Abbildung 4).

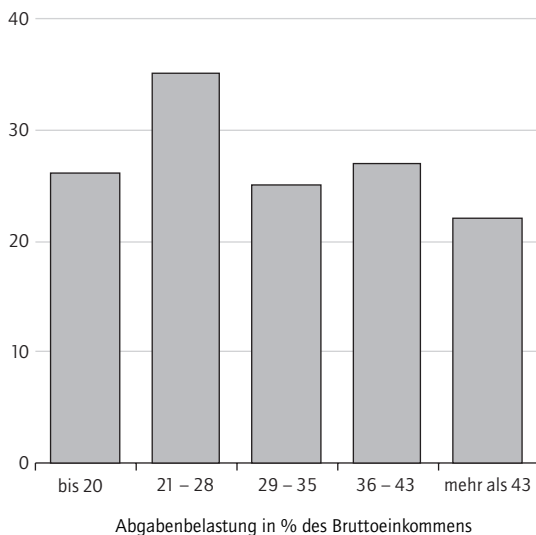
⁵ Eine Analyse zum subjektiven Gerechtigkeitsempfinden der Einkommensbesteuerung auf Basis des SOEP macht deutlich, dass in Fragen der Einkommens- und Steuergerechtigkeit in allen Schichten der Bevölkerung egalitärer gedacht wird, als es in breiten Teilen der öffentlichen Meinung und der Politik angenommen wird. Vgl. Jürgen Schupp und Gert G. Wagner: Gerechtigkeit der Einkommensbesteuerung aus Sicht der Bürger. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 29/2005, S. 451–453.

⁶ Im SOEP wurde neben der Höhe der Nettoerwerbseinkommen im letzten Jahr auch das Bruttoeinkommen erfragt. Aus der Differenz beider Einkommensangaben errechnet sich die individuelle Belastung durch Steuern und Abgaben.

Abbildung 3

Beurteilung der eigenen Entlohnung im Jahre 2005 nach Klassen der Abgabenbelastung

Personen, die sich als ungerecht entlohnt empfinden, in %



Fallzahl: 3 392 Erwerbstätige.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Wahrgenommene Einkommensgerechtigkeit nicht gleich Einkommenszufriedenheit

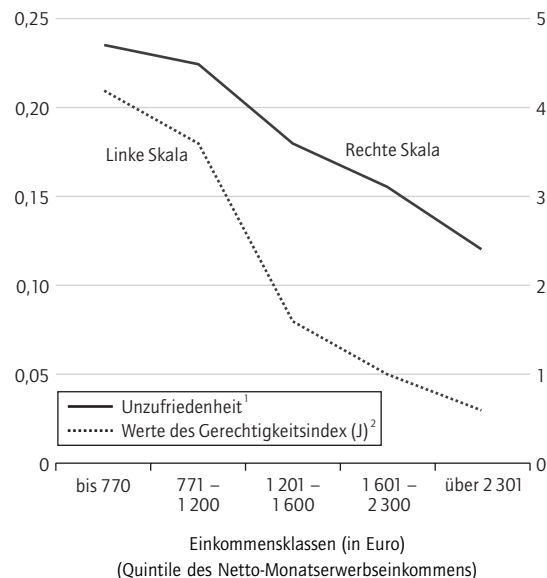
Die Aussagen der Befragten zur Einkommensgerechtigkeit geben nicht unbedingt den Grad ihrer Einkommenszufriedenheit an. Um dies zu zeigen, sind in Abbildung 4 zusätzlich die mittleren Unzufriedenheitswerte der Befragten in Bezug auf ihr eigenes Erwerbseinkommen in jeder der fünf Einkommensgruppen abgetragen.⁷ Wenn wahrgenommene Ungerechtigkeit nichts anderes als Unzufriedenheit wäre, verliefen die beiden Linien parallel. Dies ist jedoch nicht der Fall. Mit steigendem Einkommen nimmt die wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit deutlich stärker ab als die Unzufriedenheit mit dem eigenen Einkommen.

Mehr Gestaltungsspielraum bei der Arbeitszeit verringert Einkommensansprüche

Bisher wurden lediglich einfache Zusammenhänge beleuchtet. In der Tabelle sind die Ergebnisse multivariater Probitmodelle dargestellt, bei denen eine Vielzahl von Einflussfaktoren simultan berücksichtigt wird. Ziel ist es, die Wahrscheinlichkeit, dass eine erwerbstätige Person ihr eigenes Einkommen als ungerecht einschätzt bzw. mit dem eigenen Einkommen unzufrieden ist, mithilfe einer Reihe von Erklärungsvariablen zu bestimmen und die relative Bedeutung dieser Variablen jeweils einzuschätzen. Entscheidend ist dabei, dass der Einfluss der übr-

Abbildung 4

Wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit sowie Unzufriedenheit mit dem Einkommen



Fallzahl: 3 392 Erwerbstätige.

¹ Zur Berechnung des Grades der Zufriedenheit/Unzufriedenheit siehe Text/Fußnote 7.

² Zum Gerechtigkeitsindex siehe Kasten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

gen Variablen im Modell bei der Bestimmung der Bedeutung eines einzelnen Merkmals kontrolliert werden kann. Die abhängige Variable ist jeweils die Ansicht der befragten Erwerbstätigen zur subjektiv empfundenen Ungerechtigkeit des eigenen Nettoeinkommens bzw. zur Unzufriedenheit mit ihrem eigenen Einkommen.⁸

Für die Frage, ob das eigene Einkommen als ungerecht empfunden wird, spielt keine Rolle, ob jemand in Ost- oder Westdeutschland wohnt, ob er alt oder jung oder Mann oder Frau ist. Von gewisser Bedeutung ist aber, welche Bildungsinvestitionen jemand getätigt hat. Je höher das Schul- und Ausbildungsniveau einer Person ist, umso eher tendiert sie zum Urteil, das eigene Einkommen sei ungerecht.

An dem Ergebnis, dass vor allem Personen mit niedrigem Einkommen ihre Entlohnung als unan-

⁷ Der Fragetext lautete: „Wie zufrieden sind Sie heute mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? ... mit Ihrem persönlichen Einkommen?“ Die Befragten konnten ihre Antwort auf einer Skala von ganz und gar unzufrieden (0) bis ganz und gar zufrieden (10) abstimmen. Bei der Darstellung in Abbildung 3 wurde die von 0 bis 10 reichende Originalskala umgedreht, so dass hohe Werte Unzufriedenheit und niedrige Werte Zufriedenheit ausdrücken.

⁸ Als unzufrieden mit dem eigenen Einkommen gelten die Befragten, die auf der von 0 bis 10 reichenden Zufriedenheitsskala Werte von 0 bis 4 angekreuzt haben.

gemessen betrachten, ändert sich auch in der multivariaten Analyse nichts. Es gilt die Regel: Bei steigendem Einkommen erhöht sich die Neigung, dies als gerecht anzusehen; bei weniger Einkommen wird es eher als ungerecht bewertet.

Erwerbstätige, die eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, tendieren eher dazu, ihr Einkommen als subjektiv gerecht einzuschätzen. Mit höherer Wochenarbeitszeit nimmt dann das Gefühl zu, ungerecht entlohnt zu sein. Dies ist aus einer austauschtheoretischen Perspektive verständlich. Je mehr jemand bei gleichem Einkommen arbeiten muss, umso eher wird diese Person ein Ungleichgewicht zwischen Arbeitseinsatz und Ergebnis feststellen.

Hinsichtlich des jeweiligen Arbeitszeitarangebots wird das Einkommen dort eher als ungerecht beurteilt, wo der Betrieb vorschreibt, wann seine Beschäftigten zu arbeiten haben – und dies auch noch zu wechselnden Tageszeiten. Legen hingegen die Beschäftigten selbst fest, wann sie arbeiten, fühlen sie sich eher gerecht entlohnt. Zeitaufonomie ist offensichtlich ein Substitut für ein höheres Einkommen im Betrieb.

Wie Abbildung 3 zeigt, sind es nicht die Personen mit hoher Abgabenbelastung, sondern diejenigen mit einer durchschnittlichen Belastung (von 21 bis 28 %), die ihr Erwerbseinkommen als ungerecht bewerten. Ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Abgaben und der wahrgenommenen Einkommensungerechtigkeit lässt sich somit nicht feststellen.

Schließlich bewerten diejenigen, die sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation machen, ihr Einkommen eher als gerecht. Angesichts wahrgenommener ökonomischer Schwierigkeiten kommt es offenbar zu einer Erwartungsanpassung. Es geht dann weniger darum, wie viel man erhält, sondern mehr darum, dass man überhaupt noch über ein Erwerbseinkommen verfügt.

Ein zum Teil anderes Bild zeigen die Ergebnisse der multivariaten Analyse zur Einkommenszufriedenheit (rechte Spalte in der Tabelle). Allein ein niedrigeres Bruttoeinkommen und eine höhere wöchentliche Arbeitszeit tragen zur Unzufriedenheit mit dem eigenen Einkommen bei. Weder die individuellen Bildungsinvestitionen, die Zeitaufonomie und die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage noch die Höhe der Abgaben haben einen Einfluss darauf, ob man mit seinem eigenen Einkommen zufrieden oder unzufrieden ist. Damit wird der in Abbildung 4 sichtbare Befund bestätigt: Empfundene Einkommensgerechtigkeit ist nicht identisch mit Einkommenszufriedenheit.

Tabelle

Einkommensungerechtigkeit und Unzufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen

Ergebnisse logistischer Regressionsanalysen¹

	Einkommen wird als ungerecht empfunden	Unzufrieden ² mit persönlichem Einkommen
Region (1 = Ostdeutschland)	.187	–.061
Geschlecht (1 = Männer)	.019	–.102
Alter (in Jahren)	.001	.004
Bildung (Casmin-Klassifikation)	.060*	–.003
Monatliches Bruttoerwerbseinkommen (in Euro, logarithmiert)	–.861***	–.637***
Teilzeitbeschäftigung (= 1)	–1.045***	–.086
Wöchentliche Arbeitszeit (in Stunden)	.003***	.002***
Zeitaufonomie (Referenz: fester Beginn und festes Ende der täglichen Arbeitszeit)		
Vom Betrieb festgelegte, teilweise wechselnde Arbeitszeiten pro Tag	.231*	–.033
Keine formelle Arbeitszeitregelung, selbst festgelegte Arbeitszeit	–.368**	–.231
Gleitzeit mit Arbeitszeitkonto und einer gewissen Selbstbestimmung	–.101	–.167
Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage und die Sicherheit des Arbeitsplatzes	–.239***	–.443
Abgaben (bis 20 % des Bruttoeinkommens als Referenz)		
21 % bis 28 % des Bruttoeinkommens	.289*	.237
29 % bis 35 % des Bruttoeinkommens	.184	.241
36 % bis 43 % des Bruttoeinkommens	.265	–.026
Mehr als 43 % des Bruttoeinkommens	.288	.158
Konstante	3.863	2.900
Pseudo R ²	.159	.179

Anmerkungen: N = 3 006; Signifikanzniveau:

* < 5 %, ** < 1 %, *** < 0,1 %.

¹ Probit-Koeffizienten, Huber-White-Sandwich-Schätzer mit Haushalten als Cluster.

² Als unzufrieden gelten alle Personen, die auf der von 0 bis 10 reichenden Zufriedenheitsskala 0 bis 4 angegeben haben.

Quellen: SOEP, vorläufige Daten 2005; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Fazit

Beim Thema Einkommen und Abgaben steht nicht die bloße Zufriedenheit, sondern die Achtung oder Missachtung als moralisch richtig angesehener Prinzipien der Gerechtigkeit zur Diskussion. Wenn in den Steuerreformdebatten wie auch in der Diskussion um die Zukunft der Finanzierung der Sozialversicherungen behauptet wird, dass die Höhe von Steuern und Abgaben für die Einkommensgerechtigkeit wichtig ist, dann ist das für sich genommen nicht falsch. Aber nicht die Bezieher hoher Einkommen, die auch einer relativ hohen Abgabenbelastung unterliegen, sehen ihr Nettoeinkommen als ungerecht an oder sind damit unzufrieden. Vielmehr sind es eher die Bezieher geringer oder mittlerer Einkommen, die ein Gerechtigkeitsdefizit empfinden.

Insgesamt hat die Untersuchung gezeigt, dass der überwiegende Teil der Erwerbstätigen ihr Nettoeinkommen als gerecht ansieht.



Conference to the 80 Years DIW Berlin Jubilee

80 Jahre
DIW Berlin



8 and 9 December 2005
Quartier 110, Friedrichstr. 180–184, 10117 Berlin

Program

8 December 2005, 2:00–6:00 p.m.

Economic Forecasting: History and Future

Keynote Speaker:
Lorenzo Bini-Smaghi
Member of the Executive Board, European Central Bank, Frankfurt

The World in 2006

Chair:
Lutz Hoffmann
Professor of Economics, Osteuropa-Institut, Munich;
former President of DIW Berlin

9 December 2005, 9:00 a.m.–3:00 p.m.

The World in 2016

Chair:
Peter Bofinger
Professor of Economics, University of Wuerzburg;
Member of the German Council of Economic Experts

The Evolution of the Financial Industry in the Next 10 Years

Keynote Speaker:
Klaus-Peter Müller
Chairman of the Board of Managing Directors, Commerzbank AG;
President of the Association of German Banks, Berlin

For further information please contact:
Ralf Messer, DIW Berlin, Service Department Information and Organization
Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin
Phone +49 - 30 - 897 89-569; Email: events@diw.de
www.diw.de/deutsch/dasinstitut/jubilaeum/fachtagung/fachtagung_programm.html

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 (12 Cent/min.)

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen
nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen
werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Abo-Betreuung durch
Abonnenten Service Center GmbH
Geschäftsführer: Heinz-Jürgen Koch
Marlener Str. 4
77656 Offenburg

Bezugspreis

Jahrgang 180,- €; Einzelheft Euro 7,- €
(jeweils inkl. MwSt. und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements bis spätestens
sechs Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Auszugsweise Zitierung nur mit Quellenangabe und
unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Information und Organisation, 14191 Berlin,
zulässig.